



Rede von  
**Guido van den Berg MdL**

zum Antrag:

**„Nordrhein-Westfalen soll das Land  
des digitalen Aufbruchs in Deutschland werden.  
Landesregierung muss Digitalisierungs-  
strategie entwickeln“**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/12126

**am Donnerstag, 9. Juni 2016  
im Landtag von Nordrhein-Westfalen  
in Düsseldorf  
(in APr 16/115)**

[www.guido-vandenberg.de](http://www.guido-vandenberg.de)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Stein. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege van den Berg.

**Guido van den Berg (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe einen fünfjährigen Sohn, der sich auch gerne abends Märchen anhört. Als ich den CDU-Antrag gelesen habe, habe ich mich schon an „Der Hase und der Igel“ erinnert gefühlt.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Das ist eine wunderbare Geschichte!)

16 Monate nach der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin entdeckt plötzlich die CDU-Fraktion das Thema „Digitalisierung“. Das ist ja toll! Das ist schon ein gewaltiger Akt. Sie haben es ja auch ordentlich begründet. Sie haben gesagt, dass Sie in Estland gewesen sind. Aber da war die Ministerpräsidentin auch schon. Also wieder Hase und Igel!

Insofern ist das schon ein komischer Aufschlag, Herr Stein, den Sie da bringen. Ich schaue mir aber einmal Ihre Forderungen an.

Als Erstes sagen Sie: Die E-Akte könnte Regelfall werden. – Mit Verlaub: Das ist aber ein revolutionärer Ansatz, den Sie da fahren.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Danach geben Sie den Hinweis: Bei diesem Thema ist es ganz wichtig, den Datenschutz zu beachten. – Boah, Wahnsinn!

(Minister Ralf Jäger: Riesenerkenntnis!)

Dann kommt: Man muss Mitarbeiter mitnehmen; Steigerung der IT-Kompetenz.

(Michael Hübner [SPD]: Wow!)

Lieber Herr Stein, alles das kann man unter der Kategorie „Banales und Selbstverständlichkeiten“ verbuchen, glaube ich.

Sie haben aber noch eine weitere Kategorie. Da wird es richtig lustig. Sie schlagen uns jetzt nämlich vor, wir sollten die Stelle eines Chief Information Officers schaffen. – Mit Verlaub: Der ist doch schon da.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Sie sind natürlich kreativ. Die Kreativität besteht darin, dass Sie sagen: Wir machen das nicht im MIK, sondern jetzt in der Staatskanzlei.

(Robert Stein [CDU]: Ja!)

Kreative Leistung, Herr Stein; ganz revolutionärer Ansatz!

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Optendrenk?

**Guido van den Berg (SPD):** Gerne, ja, natürlich.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist nett. – Bitte.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Herr Kollege, danke schön, dass Sie die Frage zulassen. – Ist Ihnen bekannt, dass das System, das anstelle einer klassischen E-Akte jetzt in Nordrhein-Westfalen in vielen Ministerien eingeführt wird, nämlich das System DOMEA, von dem Anbieter dieses Systems, weil es so veraltet ist, schon nicht mehr modernisiert wird? Damit stellt sich im Grunde schon die Frage, ob Sie wirklich an der Spitze des Fortschritts stehen, wenn Sie jetzt ein zehn Jahre altes, veraltetes System einführen.

**Guido van den Berg (SPD):** Lieber Herr Optendrenk, Sie haben nicht mitbekommen, dass die Landesverwaltung an der Stelle schon viel weiter ist.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Aha!)

Sie hat einen Open.NRW-Ansatz und eine Strategie geschaffen, womit sie die E-Akte und diese Dinge längst in der Planung und in die Zukunft entwickelt hat.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Aha!)

Ihr Sitznachbar, Herr Stein, sagt, wir sollten jetzt anfangen, eine Strategie aufzuschreiben.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Ja!)

Herr Optendrenk, Sie sind wirklich der allerletzte Waggon in diesem Zug an dieser Stelle.

(Heiterkeit von der SPD – Dr. Marcus Optendrenk [CDU]:  
Der ahnungsloseste Abgeordnete in diesem Parlament redet da! –  
Gegenruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie schlagen uns als nächsten Punkt vor, eine Strategie zu entwickeln. Auch das hat mich wirklich vom Sessel gehauen. Kennt die CDU die ressortabgestimmte 150-seitige Open.NRW-Strategie etwa nicht? Sie ist übrigens nicht mit der Regierungserklärung im Januar letzten Jahres begonnen worden, sondern am 12. September 2012 hat die Ministerpräsidentin das bereits angestoßen. Seitdem hat es über 20 Projektgruppensitzungen, Klausurtagungen und mehrtägige Workshops gegeben sowie – das weiß ich noch gut – im Mai 2013 – Matthi Bolte mit Sicherheit auch – das große Zukunftsforum „Digitale Bürgerbeteiligung“.

(Zustimmung von Matthi Bolte [GRÜNE])

Ist das alles an Ihnen vorbeigegangen?

(Michael Hübner [SPD]: Die Antwort ist: Ja!)

Dann fordern Sie, eine Plattform zu schaffen. Ich glaube, seit ziemlich genau einem Jahr ist das Ding online. Herr Stein, Sie sagen immer, Sie seien ein netzaffiner Mensch. Haben Sie das nicht mitbekommen?

Besonders amüsant: Die CDU sagt, man könne die Kommunen einbinden. Haben Sie die Anhörung zum E-Government-Gesetz am 14. April überhaupt nicht mitbekommen? Haben Sie nicht gehört, wie sich dort die Beteiligten geäußert haben – gerade auch die kommunalen Spitzenverbände? Der Gesetzentwurf schaffe den Rahmen für ein – ich zitiere – „modernes innovatives Handeln staatlicher Organisationen und Behörden untereinander und im Umgang mit den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern“, so Volker Staupe von der Stadt Witten in seiner schriftlichen Stellungnahme. Die Möglichkeit, Verwaltungsleistungen auch elektronisch zu bezahlen, sei – Zitat – „konsequent und systemkonform“.

Dann: Der Entwurf sei ein – Zitat – „entscheidender gesetzgeberischer Schritt zu einem E-Government in Nordrhein-Westfalen.“, so Wirtschaftsrechtler Prof. Dr. Alexander Roßnagel von der Universität Kassel.

(Robert Stein [CDU]: Wenn man so selektiv auswählt!)

Er habe – hören Sie zu, Herr Stein –

(Robert Stein [CDU]: Ich höre doch zu!)

Vorbildfunktion für weitere E-Government-Gesetze in anderen Bundesländern.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände äußert sich zustimmend. Der Gesetzentwurf schaffe – Zitat – „wichtige Rahmenbedingungen für den Einsatz moderner Technik, die kommunalen Verwaltungen in Verbindung mit der Optimierung von Geschäftsprozessen ermöglicht, Verwaltungsverfahren zu beschleunigen, Verfahrenskosten zu senken und das Dienstleistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft nachhaltig zu verbessern.“

IHK NRW betont, dass die Evaluationen des E-Government-Angebotes auch dafür genutzt werden könnten – Zitat – „den Weg zur weiteren Verwaltungsvereinfachungen in Nordrhein-Westfalen offensiv zu beschreiten.“ So werde auch ein – Zitat – „deutliches Signal“ gesetzt, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen im globalen Wettbewerb zu stärken.

Und jetzt kommen Sie, Herr Stein.

Im Januar 2015 erklärte Herr Laschet auf die Digitalisierungsregierungserklärung, das sei alles Ablenkung und Frau Kraft solle lieber weniger Schulden machen. Das war seine Reaktion.

Jetzt, ein Jahr vor der Wahl oder nach einer Estland-Reise, erkennen Sie, dass man zu dem Thema offenbar doch irgendetwas sagen muss. Das Problem ist nur: Es ist schon alles gesagt. Ganz viel wurde schon angestoßen.

Dann legen Sie hier auch noch einen Antrag vor – ich schaue mir insbesondere den Beschlussteil an –, in dem steht: Alles solle gestoppt werden. Alles solle erst einmal auf null gehen. Alle vorliegenden Fachbeiträge ignorieren Sie. Selbst liefert die CDU nur Allgemeinplätze und keine einzige neue Idee. Wie armselig! Wie peinlich! Wie offensichtlich haben Sie bei diesem Thema eigentlich geschlafen?

Mein Fazit: Für die CDU im Bund mag bekanntermaßen das Internet Neuland gewesen sein. Für die CDU in Nordrhein-Westfalen ist es ganz definitiv die Digitalisierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege van den Berg. – Nun spricht Kollege Bolte von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

\* \* \*